



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/208 - 13. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Aufgegebene Tabus Vor einem verhandlungsreichen Herbst	45
2 - 3	Findet der Krieg in Fernost nicht statt? Die USA und der Konflikt um Formosa	62
4 - 5	Der Rhein - Sorgenkind Westeuropas Zunehmende Verunreinigung - Gefährdete Trinkwasserversorgung	76
6	Vorschau auf die III. Bundestagung der "Selbständig Schaffenden" Neues Stadium sozialdemokratischer Mittelschichtenpolitik	47

* * * * *
* * * * *

Aufgegebene Tabus

sp - Zwei bemerkenswerte Tatsachen gilt es zu registrieren: Der Bericht des Abrüstungsunterausschusses des amerikanischen Senats und die Bereitschaft des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Ernst Lemmer, notfalls auch mit Pankow zu verhandeln, wenn es gilt, die Not von 17 Millionen Deutschen zu lindern. Beide Tatsachen haben eines gemeinsam. Sie zeugen von dem Willen, bisherige Tabus aufzugeben. In der Frage der Abrüstung traten West und Ost auf der Stelle, weil keine Seite bereit zu entscheidenden Konzessionen war. Die Vereinigten Staaten machten Fortschritte auf dem Gebiete der Abrüstung von der Lösung politischer Streitfragen abhängig, was den erbitterten Widerstand der Sowjetunion auslöste. Sie beharrte auf dem Standpunkt, es müsse erst zu Vereinbarungen über eine Begrenzung des Waffentrustens kommen, ehe man an die Erledigung anderer Probleme denken könne. Die in dreijährigen sorgfältigen Studien erarbeiteten Ergebnisse des USA-Abrüstungsausschusses kommen den sowjetischen Vorschlägen auf halbem Wege entgegen, sie sind eine Preisgabe der bisher bezogenen unfruchtbaren Position und deshalb wohl geeignet, dem Bemühen um die Einstellung des Waffentrustens neuen Auftrieb zu geben. Der Ausschuss kommt zu weitgehenden politischen Schlussfolgerungen. In erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen sieht er den Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage, wobei er sich nicht der Erkenntnis verschliesst, dass es notwendig sein wird, für ein wiedervereinigtes Deutschland eine Begrenzung seiner Streitkräfte und Bewaffnung zu vereinbaren.

Diese Ideen sind gewiss nicht neu, aber dass sie von einem so wichtigen Gremium ausgesprochen wurden, verleiht ihnen eine in die Zukunft weisende Bedeutung. Sie sind der Niederschlag von Erkenntnissen, die gewissermassen in der Luft liegen; für die deutsche Sozialdemokratie sind sie schon lange Gemeingut, sie hat mit Leidenschaft den Gedanken der Abrüstung verflochten und alle Hindernisse bekämpft, die sich seiner Verwirklichung entgegenstellten.

Beweglichkeit und Elastizität sind auch auf innerdeutschem Gebiet bitter nötig, auch hier gilt es, bei selbstverständlicher Wahrung aller freiheitlichen Gesichtspunkte, sich von Tabus zu lösen. Wie wurde Herbert Wehner gesteinigt, als er auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD für den Gedanken einer Entkrampfung der innerdeutschen Situation eintrat und von der Bundesregierung verlangte, grössere Anstrengungen zur Beendigung des Kalten Krieges auf innerdeutschem Boden zu machen! Wenn nun der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, ähnliche Ideen aufgriff, wird ihm nun auch dasselbe Los beschieden sein? Wie immer auch Lemmers kühner Vorstoss, der aus der Not eines gepeinigten Gewissens erfolgte, ausgehen mag, so bleibt er doch ein Beweis dafür, dass auch im Regierungslager Strömungen vorhanden sind, die sich um die Durchsetzung neuer Ideen bemühen.

Findet der Krieg in Fernost nicht statt?

H.E.D. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in einer Ansprache an das amerikanische Volk die Stellung der Regierung in Washington in der gegenwärtigen Fernost-Krise erläutert. Zwar bemühte sich Eisenhower, keinen Zweifel daran zu lassen, daß die USA bei massierten Angriffen der Chinesen zu militärischen Gegenaktionen greifen würden, er unterließ es jedoch, seine Worte in die Form eines kriegerischen Ultimatums zu kleiden. Im Gegenteil, er ließ durchblicken, daß Washington daran interessiert sei, wenn baldigst Verhandlungen über eine friedliche Lösung des gesamten Problems im Fernen Osten aufgenommen würden.

Vergleicht man frühere Stellungnahmen des Weissen Hauses oder des State Department mit der jüngsten Rede Eisenhowers, so muß der gemäßigte Ton auffallen, dessen sich der Präsident in seiner Ansprache bediente. Die Gründe hierfür sind nicht schwer zu erraten, wenn man weiß, welche fieberhaften Vorbesprechungen noch wenige Stunden vor Abgabe der Erklärung stattgefunden haben.

Hierzu gehört einmal die sehr präzise Erklärung des britischen Premiers, London sei zu keinerlei militärischen oder politischen Hilfsaktionen an der Seite der USA verpflichtet. Diese Worte mußten in der amerikanischen Hauptstadt umso mehr Aufregung verursachen, als die Briten bislang sorgsam vermieden hatten, eine klare Stellung im Konflikt zu beziehen. Noch vor wenigen Tagen war in gut unterrichteten amerikanischen Kreisen zu hören, daß britische Botschafter in Washington habe im Ernstfalle eine Beteiligung Großbritanniens an Aktionen der Amerikaner in Aussicht gestellt, da "man sich endlich in eine einseitliche Front" gegen die Chinesen stellen müsse. Das "Umfallen" Londons in letzter Minute, so wird in den USA argumentiert, habe die amerikanische Außenpolitik gezwungen, weniger hart aufzutreten als es geplant gewesen sei.

Jedoch muß ebenso berücksichtigt werden, daß einflussreiche politische Gruppen in den Staaten selbst seit einigen Tagen für

eine flexiblere Haltung in der Formosa-Frage plädiert hatten. Der Vorgänger des augenblicklichen Außenministers, der Demokrat Acheson, hatte sehr bitter und in einer ungewöhnlichen Schärfe irgendwelche militärischen Engagements der USA in der Formosa-Straße angegriffen und davon gesprochen, "weder Quemoy noch die Matsu-Inseln seien das Leben auch nur eines amerikanischen Soldaten wert".

Darüberhinaus haben die Berichte der amerikanischen Botschafter in den nicht-kommunistischen asiatischen Ländern wie auch in Lateinamerika die Haltung Eisenhowers zweifellos beeinflusst, denn von dort her kamen Warnungen, daß diese Staaten ein militärisches Eingreifen der USA weder in der UNO noch aufgrund bestehender Bindungen an Amerika billigen würden. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Erkundigungen der amerikanischen Militärs hinsichtlich der Kampfkraft der Formosa-Chinesen die bittere Wahrheit vom schwindenden Prestige des Generals Tschiang Khai Schek bei seinen Truppen enthielten und die Legenden über die glorreichen Taten der Formosaner in den Bereich der Fabel verwiesen.

Nun, man darf hoffen, daß die Worte des Präsidenten, in denen er die Verhandlungsbereitschaft Washingtons andeutete, nicht hinterher von Mitgliedern der eigenen Regierung verwässert werden. Leider hat die Rede des amerikanischen Verteidigungsministers den Absichten Eisenhowers mehr geschadet als genutzt, mußte sie doch bei Peking den Eindruck hervorrufen, Eisenhower habe es nicht so ernst gemeint, denn McElroy habe auf die militärische Stärke der USA gepocht, nicht aber auf die Friedensbereitschaft des amerikanischen Volkes hingewiesen.

Es ist klar, daß Eisenhowers Worte die gefährliche Lage noch keineswegs geklärt haben. Auch wenn es nun so aussieht, als würden in Bälde die Botschafterbesprechungen zwischen Peking und Washington aufgenommen. Noch ist alles darin: sowohl Krieg als auch Frieden.

+ + +

Der Rhein - Sorgenkind Westeuropas

D.Str. Siegfried Balke, Bundesminister für Atom- und Wasserwirtschaft, hat kürzlich in Bonn erklärt, sein Ministerium würde alle sich bietenden Möglichkeiten ausschöpfen, um die Verschmutzung des Rheins einzudämmen. Er wolle die privat- und gemeinwirtschaftlichen Rheinanlieger, das sind die Industrieunternehmen und Gemeinden, auffordern, ihre in den Rhein ablaufenden Schmutzwasser soweit zu entgiften, dass die biologische Selbstreinigung des Stromes nicht durch einen zu grossen Einlauf von fremdartigen Flüssigkeiten unterbunden wird.

Der grösste Konsument des Rheinwassers sind die Niederlande, denn der Strom ist neben dem Regenwasser das wichtigste Süsswasserreservoir Hollands. Es wird benötigt für die Wasseranfuhr und die Durchspülung des der Meere abgerungenen Polderlandes, für die Zurückdrängung des Salzwassers und für die Trinkwasserversorgung. Die grosse Hafenstadt Rotterdam ist ausschliesslich auf Trinkwasser aus dem Rhein angewiesen, Amsterdam und Den Haag zum grössten Teil. Das Rheinwasser wird mittels sogenannter Press-Leitungen in die Dünen der naheliegenden Küste gepumpt, filtriert und dann als Trinkwasser gebraucht. Auch die künstlichen Wasserwege in den holländischen Provinzen Drente und Groningen werden durch das Isselmeer mit Rheinwasser versorgt. Deshalb ist auch die zunehmende Verunreinigung des Rheinwassers ein besonders wichtiges Problem für unseren holländischen Nachbarn, der deswegen bekanntlich schon einige Male bei der Bundesregierung diplomatische Schritte unternommen hat. Die grössten Schwierigkeiten bei der Sauberhaltung des Rheinwassers bestehen in der Bundesrepublik und in Frankreich. Bei uns sind es vornehmlich die Industriemassierungen in Nordrhein-Westfalen und die am Rhein gelegenen grossen Städte, die ihre Abwässer in den Rhein leiten. In Frankreich verschmutzen die Kalibergwerke Elsass-Lothringens den Rhein mit chemischen Flüssigkeiten, die selbst während des verhältnismässig langen Stromlaufes bis zum Niederrhein nicht durch die Selbstreinigung des Flusses vernichtet werden können.

Darum ist es auch durchaus verständlich, dass die Niederlande schon sehr bald nach Beendigung des Krieges den Versuch unternahmen, mit den Rheinanliegerstaaten ins Gespräch zu kommen. Heute ist auch die Bundesrepublik neben der Schweiz, Frankreich und den Niederlanden Mitglied einer speziellen Kommission, die unter dem Namen "Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verunreinigung" sich zunächst mit den Ursachen, der Art und dem Grad der Rheinverschmutzung befasst

13. September 1958

hat und jetzt dazu übergegangen ist, den einzelnen Ländern Ratschläge zu erteilen. Der erste grosse Gewinn dieser internationalen Gespräche war nach einem Bericht der holländischen Direktion für Landwirtschaft in Den Haag die Einsicht der sogenannten "Verschmutzerstaaten", dass nunmehr alle geeigneten Massnahmen getroffen werden müssten, um so schnell wie möglich eine Verbesserung zu erreichen.

Seit altersher diente das Oberflächenwasser des Rheins zur natürlichen Säuberung von verunreinigtem Wasser. Biologische Prozesse sorgten bei genügendem Sauerstoffgehalt des Rheinwassers dafür, dass sogenannte organische Stoffe vernichtet wurden. Anorganische Stoffe sind durch ausreichende Wassererfrischung, also durch Zufuhr von Frischwasser, fortgespült worden. Wenn der Anteil von Schmutzwasser nun zu gross wird, verbrauchen die organischen Stoffe zu schnell den vorhandenen Sauerstoff, und das Wasser ist im Hinblick auf seine biologische Selbstreinigung tot.

Besonders gefährlicher sind die chemischen Phenolstoffe, die in mehr oder minder grossen Quantitäten Karbolsäure mit sich führen. Durch diese Stoffe wird das Trinkwasser geschmacklich beeinflusst, und die Fischbestände des Rheins werden gefährdet. Die Ableitung von Wasser, das in Atomreaktoren verwandt wird, ist in Zukunft ebenfalls ein Thema der Rhein-anliegerstaaten.

Die Niederlande haben als grösster Wasserkonsument des Rheins der deutschen Industrie ein Lob ausgesprochen, denn in der Bundesrepublik hat man das Problem der Bekämpfung von Phenolstoffen schon mit einigem Erfolg angefasst. Die Verunreinigung des Stromes an der Landesgrenze bei Lobith am Niederrhein ist jetzt so gering, dass der Strom in seinem Unterlauf nach Gorinchem zu diese chemischen Stoffe durch Selbstreinigung schon wieder vernichten kann. Es wäre jedoch verfehlt, auf Grund dieses ersten Erfolges die Hände in den Schoss zu legen. Im kommenden Monat wird die internationale Kommission zur Verhütung der Verunreinigung des Rheins erneut zusammentreten, um sich mit der Frage des Chlorgehaltes des Stromes und dessen wirksamen Ablauf zu befassen.

Noch ist der Rhein das Sorgenkind Westeuropas, aber wenn alle Länder die notwendigen Anstrengungen unternehmen werden, um das Wasser dieses sagenumwobenen Stromes wieder zu verbessern, dann werden bald alle Klagen verstummen; der Fischbestand wird sich wieder vermehren, die Schwimmer können wieder ungehindert in die Fluten tauchen, und Mijnheer in Rotterdam braucht nicht zu befürchten, beim Genuss eines Glases Wasser giftige Stoffe mitzutrinken.

Vorschau auf die III. Bundestagung der "Selbständig Schaffenden"

bt. Die III. Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD wird vom 31. Oktober bis 2. November dieses Jahres in Berlin stattfinden.

Die Bundestagungen der sozialdemokratischen Mittelschichtenpolitiker sind jedesmal politische Ereignisse gewesen, die von der Öffentlichkeit gebührend beachtet wurden. Als Erich Ollenhauer auf der I. Bundestagung im April 1953 im Städtischen Saalbau in Essen ausrief: "Ich freue mich, dass diese Tagung das langjährige Aufbauwerk treuer und eifriger Sozialdemokraten endlich krönt, Sozialdemokraten, die zur Verwunderung - und vielleicht auch zum Missvergnügen - der Gegner unserer grossen Partei nicht Arbeiter, nicht Angestellte und auch nicht Beamte sind", wurde es weithin klar, dass die Sozialdemokratie - wenn auch das Kernstück ihrer Mitgliedschaft und ihrer Wähler aus der industriellen Arbeiterschaft besteht - nie der Meinung war, das schaffende Volk bestehe nur aus den Menschen, die gegen Lohn und Gehalt arbeiten. Damals übernahm Max Rübhausen, Inhaber eines Werbe-Unternehmens in Essen die Leitung der Bundesarbeitsgemeinschaft. Er hatte das "langjährige Aufbauwerk" mit rastloser Energie betrieben. Max Rübhausen erlebte die II. Bundestagung nicht mehr; ein vorzeitiger Tod riss ihn mitten aus seinem Schaffen heraus.

Die II. Bundestagung im März 1955 im Gewandhaus in Braunschweig, auf der der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Dr. Hermann Veit, die sozialdemokratische Mittelschichtenpolitik definierte, wurde mit ihren über dreihundert Delegierten aus allen Teilen der Bundesrepublik und allen Sparten der selbständigen Berufe zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Auf ihr waren auch Vertreter des österreichischen "Freien Wirtschaftsverbandes" und des niederländischen "Verbandes von Mittelstands-Vereinigungen" zugegen, zweier in ihren Ländern sehr starker und einflussreicher sozialdemokratischer Mittelschichten-Organisationen. Der Hamburger Malermeister und langjährige Vorsitzende seiner Innung Arthur Busch trat auf dieser Tagung das Erbe Max Rübhausens an.

Auf der bevorstehenden III. Bundestagung in Berlin wird in der grossen öffentlichen Kundgebung, mit der die Tagung am 2. November abschliesst, das Mitglied des SPD-Parteipräsidiums Dr. Heinrich Deist MdB. das Referat halten. Auf der Delegiertenkonferenz am 1. November wird der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner zu den selbständig Schaffenden sprechen. Einen Bericht über die parlamentarische Mittelschichtenarbeit wird der stellvertretende Vorsitzende des Mittelstandsausschusses des Deutschen Bundestages, Erwin Lange, geben.

Die Tagung wird zweifellos einen neuen Abschnitt in der sozialdemokratischen Mittelschichtenpolitik einleiten, welche endgültig ihr defensives Stadium - in dem sie immer wieder betonen musste: "Die SPD ist nicht mittelstandsfeindlich!" - überwunden hat. In den Kreisen der Fachorganisationen der kleinen und mittleren Selbständigen ist die "Bundesarbeitsgemeinschaft" zu einem festen Begriff geworden und zu einer Kraft, mit der man rechnet.